

100
JAHRE SOZIALDEMOKRATIE



IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

FRANZ OSTERROTH

MIT UNS ZIEHT DIE NEUE ZEIT

Durch die Revolution von 1918 erhielten die Frauen das Wahlrecht, das die Sozialdemokratie seit 1875 in ihrem Programm für sie forderte. Es wurde zu einer Daueraufgabe der Partei, vor allem ihrer Frauenbewegung, die Wählerinnen politisch zu interessieren und die im öffentlichen Leben tätigen Frauen für die vielen neuen Aufgaben zu schulen. Der Sozialdemokratie schlossen sich nach 1918 viele Frauen an, so daß bis 1928 der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft in Schleswig-Holstein auf 27 % stieg.

Die junge Angestellte Louise Schroeder aus Ottensen kam als Sprecherin der sozialdemokratischen Frauen in die Deutsche Nationalversammlung, danach in den Reichstag. Sie erwarb sich Verdienste um den Mutterschutz, die Säuglingsfürsorge, die Wochenhilfe, den Kinder- und Arbeiterinnenschutz, das Jugendwohlfahrtsgesetz und die Invaliden-, Unfall- und Altersrentner. Louise Schroeder wurde bald an die Spitze der schleswig-holsteinischen Kandidatenliste gestellt, als einzige Frau in Deutschland, die eine Wahlkreisliste einer Partei führte. Sie half Marie Juchacz im Jahre 1920 die Arbeiterwohlfahrt zu gründen, deren schleswig-holsteinischen Bezirk sie 11 Jahre leitete. Bis 1930 gab es 11 Kreis- und 89 Ortsausschüsse im Bezirk, die mit 2061 Frauen und 1437 Männern helfend tätig waren. Die Arbeiterwohlfahrt besaß 42 Beratungsstellen, 46 Nähstuben, sie war in der Mutterschafts-, Kinder- und Jugendfürsorge, sie betrieb Maßnahmen für Kindererholung, sie half zu Weihnachten und bei der Schulentlassung, sie richtete in verschiedenen Gemeinden Notstandsspeisung ein, nahm

fachlich ausgezeichnete Schulungskurse für alle diese Tätigkeiten vor, zu deren Finanzierung u. a. auch die SPD und die freien Gewerkschaften beitrugen.

Zu den nach der Umwälzung 1918 stärker hervortretenden Frauen zählte die Kieler Lehrerin Toni Jensen, die bald in die Stadtvertretung, dann in den preußischen Landtag gewählt wurde, in dem sie — bis 1933 — vor allem kultur- und schulpolitisch tätig war. Toni Jensen leitete als Nachfolgerin von Louise Schroeder die politische Frauenarbeit in der Provinz, in der die sich ständig vermehrenden sozialdemokratischen Frauengruppen ein reiches Veranstaltungs- und Bildungsleben entwickelten, zu dem öffentliche Versammlungen, Fahrten, Feiern und Kurse des Bezirks kamen. Auf dem jährlich begangenen „Internationalen Frauentag“ sprachen nicht selten ausländische Sozialistinnen, u. a. die Holländerin Ribbius-Telletier, die Lettin Kalnin, die Schweizerin Guby. Zu den sozialistischen Frauen Dänemarks wurden gute Verbindungen hergestellt.

Im Kriege hatte Albert Billian die von Wehrfähigen entblößte, unter der Parteisplaltung leidende Arbeiterjugendbewegung Kiels zusammengehalten, so daß sie sich — wie Gertrud Völcker erzählte — „nach Kriegsende mit dem heimkehrenden Jugendgenossen, die vom Kriegserlebnis aufgewühlt und kämpferisch eingestellt waren, zu der starken Jugendbewegung vereinigen konnte, die ihre Blüte von 1919 bis Ende der 20er Jahre erlebte. Viele junge Menschen sind in jenen Jahren in der Jugendbewegung geformt worden, die

später in Partei, Gewerkschaft, Staat und Gemeinde, in freier und öffentlicher Jugend- und Sozialarbeit führend tätig waren. Jungsozialisten, Kinderfreunde, Jugend- und Wohlfahrtsarbeit und die Kulturarbeit der sozialistischen Bewegung, vor allem ihre Feste und Feiern, erhielten von diesen jungen Sozialisten ihr Gesicht. Wenn die Kieler Arbeiterjugend sich in Deutschland einen besonderen Namen erwarb, so war es Persönlichkeiten wie Billian zu danken, der auch später als Landesrat jungen Menschen den Weg zur Akademie der Arbeit und andere Bildungswege freimachte, andererseits als Reformator der Fürsorgeerziehung gefährdete Jugend ein neues Leben ermöglichte“.

In der Weimarerrepublik besaß die Jugend die Freiheit, ihr Vereinsleben selbst zu gestalten. Auf den großen Reichsjugendtagen, angefangen mit Weimar 1920, stärkte sich in ihr trotz wirtschaftlicher Not der Glaube, der aus ihrem eigenen Lied sprach „Mit uns zieht die neue Zeit...“

Auf der Bezirksjugendkonferenz 1919 vertraten die Delegierten 1208 Jugendliche. Ende 1919 wurde Wilhelm Kuklinski Jugendsekretär. 1921 spiegelte sich in dem Mitteilungsblatt „Neue Jugend“ schon das Veranstaltungsleben von 50 Gruppen mit 2300 Jugendlichen.

Die Inflationszeit führte zu einem schweren Rückschlag. Erst im Jahre 1926, als die wirtschaftlichen Verhältnisse sich etwas gebessert hatten, setzte nach einer Selbstkritik unter Führung von Gustav Schatz eine neue Aufwärtsentwicklung ein, von der es hieß:

„Unter die romantische Epoche der Arbeiterjugendbewegung wurde ent-

schlossen der Schlußstrich gezogen und die Aufgabe schärfer herausgestellt: Kampf für Jugendschutz und Jugendrecht! Erziehung eines geistig klaren und von tiefer sozialistischer Gesinnung erfüllten Nachwuchses der Arbeiterklasse, d. h. der Formung des jungen Menschen zu einem tüchtigen, verantwortlichen Staatsbürger.“

1926 arbeiteten 25 Jugendgruppen in diesem Sinne. Der schöne Norddeutsche Jugentag in Lübeck 1926 gab ihrer Bewegung starken Antrieb. Am 24. 11. 1926 vereinten sich alle sozialistischen Jugendorganisationen Kiels zu einem „Sozialistischen Jugendkartell“, das eine gemeinsame Bildungsarbeit leistete, mit öffentlichen Versammlungen der Jugend hervortrat und im Rahmen der Gesamtbewegung der Sozialisten auch mit Aufmärschen und Fackelzügen den Demonstrationen den Schwung der Jugend gab. Bedeutend war der Einsatz des Jugendkartells zur Sammlung „Ferien für Arbeiterkinder!“ und der Aktion „Alles für das Kind!“

Aus der Älterenschicht der Arbeiterjugendbewegung entstanden um 1919 die Gruppen der Jungsozialisten. Einige unter ihnen kamen noch aus der geistigen Schule von Eduard Adler. Was sie beseelte und was sie wollten, sagten die Leitsätze einer Jungsozialistentagung in Kiel vom 1. 1. 1921:

1. Die den Arbeiterjugendvereinen erwachsenen Parteigenossinnen und -genossen können in ihrer ganzen seelischen Einstellung noch nicht ohne weiteres den Schritt zur allgemeinen Arbeiterbewegung machen, denn diese ist in ihrem inneren und äußeren Leben so einseitig verstan-

desmäßig und materialistisch gerichtet, daß sie die in der Jugend vorhandenen und durch den Krieg neubelebten irrationalen Regungen nicht befriedigen kann. Daher schließen sie sich zu besonderen jungsozialistischen Gemeinschaften innerhalb der Partei zusammen, ohne zu verkennen, daß auch ihr Wirken der einzigen Partei und den Gewerkschaften als den eigentlichen Kampfgemeinschaften des Proletariats gilt, die sie mit neuem Leben und zu höherer sozialistischer Tatkraft führen wollen.

2. Die Jungsozialisten wollen ihr Leben in Aufrichtigkeit und Verantwortlichkeit vor sich und der Gemeinschaft

Daraus entnehmen sie auch die Verpflichtung, mit besonderer Eindringlichkeit sich der Erringung wissenschaftlicher Erkenntnis des Sozialismus zu widmen.

3. Aus den jungsozialistischen Gemeinschaften sollen Menschen hervorgehen, die sich ständig bewußt bleiben, daß der Sozialismus erst mit der Beseitigung des wirtschaftlichen Kapitalismus möglich wird, die jedoch in sich die Kulturidee des Sozialismus ständig rein erhalten und unter Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit um sich verbreiten“.

In ihrem Streben nach einem „jungen Sozialismus“ setzten sich die Jungsozialisten mit den nach der Revolution in der sozialistischen Bewegung auftauchenden geistigen Strömungen auseinander, die von Max Adler, Gustav Radbruch, Hendrik de Man, Hermann Heller, Paul Tillich und Eduard Heimann ausgingen. Sie beschäftigten sich besonders mit dem vom Hofgeismarkreis der Jungsozialisten aufgeworfenen Frage nach einem neuen Verhältnis der Arbeiterbewegung zu Volk und Staat. Von den Jungsoziali-

sten, denen manchmal ein „einseitiges Problematisieren“ vorgeworfen wurde, gingen starke Erneuerungsanregungen aus. Viele Jungsozialisten besuchten die Volkshochschulen, Wirtschaftsschulen, die Arbeiterhochschule in Harriesleefeld, die Hochschule für Politik in Berlin, die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Einige erwarben noch das Abitur, um über das Universitätsstudium dem demokratischen Staat auf spezielle Weise dienen zu können.

Vom aktiven Teil der Jungsozialisten, zu dem Andreas Gayk rechnete, ging der Gedanke aus, in die Mitte der Maifeier 1921 die Kinder zu stellen. Die Eltern zollten großen Beifall. Damit begann die Kinderfreundebewegung, die Gayk auf einer Ferienreise in Österreich kennengelernt und mit dem sozialistischen Pädagogen Dr. Kurt Löwenstein nach Deutschland verpflanzt hatte. Die Kinderfreunde traten für das Recht der Arbeiterkinder auf ein menschenwürdiges Leben ein. Von drei Gruppen im Jahre 1922 wuchs die Bewegung in Schleswig-Holstein auf 44 Gruppen mit 3000 Falken und 300 Helfern im Jahre 1931. Fast jeder der Helfer leistete im Jahr mehrere Hundert Stunden unentgeltlicher Arbeit zum Wohle und zur Freude der Kinder. In Schleswig-Holstein kam der erste Bezirksausschuß der Kinderfreundebewegung in Deutschland zustande.

In der „Kinderrepublik“ schufen Löwenstein und Gayk eine neue demokratische Erziehungsform; sie sollte Arbeiterkindern „eine Erziehungsumwelt schaffen, in der sie die Spielregeln einer demokratischen Ordnung mitgestalten und mitverantwortlich begreifen konnten“. Gayk organisierte 1927 nach methodischen

Vorübungen mit erwachsenen Helfern in Seekamp bei Kiel die erste der Kinderrepubliken. Vier Wochen lebten 2000 Kinder in den gebrauchten englischen Militärzelten, die die Partei für sie erworben hatte. Die erwachsenen Sozialisten bewiesen der „neuen pädagogischen Provinz des Sozialismus“ schrankenlose Solidarität, z. B. die Schrebergärtner mit ihren Gartenerzeugnissen. Gayk hat in den Büchern „Die rote Kinderrepublik“ und „Arbeiterkinder erobern die Welt“ die Kinderrepubliken beschrieben. Der Kieler Hannes Marxen schuf ihnen einige beliebte Lieder, die weit über Deutschland hinausdrangen.

Am 21. 8. 1926 wurde in Kiel der erste Kindertag veranstaltet, zu dem aus der Provinz 600 Kinder kamen. Er fand Jahr um Jahr mit wachsender Teilnahme statt. In Schleswig-Holstein war es gelungen, den Kindern die volle Gleichberechtigung im Leben der sozialistischen Bewegung zu erringen.

In der Republik von Weimar erlangten endlich auch die Arbeiterturner die Gleichberechtigung im deutschen Sportwesen. Sie wurden jetzt von Staat und Gemeinden gefördert. 1930 gab es in der Provinz 48 Arbeiterturnvereine mit 5877 Turnern. Der Arbeitersporttag 1930 vereinte in Kiel 15 000 Teilnehmer. Ein Gautag des Arbeiterradfahrbundes „Solidarität“ führte im gleichen Jahr 2000 Menschen zusammen. „Dem Volke gilts, wenn wir zu spielen scheinen“ — unter diesem Leitspruch diente die Arbeitersportbewegung der Volksgesundung durch Leibesübungen der Massen, die sie aber von der Sucht nach individuellen Rekordleistungen bewußt abhielt.

Alle Zweige der sozialistischen Bewegung waren von einem Bildungswillen durchdrungen, der vom demokratischen Staat und seinen Gemeinden durch die Schaffung öffentlicher Bildungseinrichtungen unterstützt wurde. In der nach 1918 entstandenen Volkshochschulbewegung waren junge Arbeiter stark beteiligt. Der Sozialist Ernst Kantorowicz gab der Kieler Volkshochschule jahrelang die Richtung auf eine Erziehung zur mit- und staatsbürgerlichen Verantwortung. Alle Organisationen der sozialistischen Bewegung besaßen ein eigenes Bildungswesen; die Bildungsausschüsse der Partei vereinten diese Bildungsbemühungen. In vielen Wochenendkursen, die vom Gemeinschaftsstil der Jugendbewegung geprägt waren, wurden in arbeitgemeinschaftlicher Form grundsätzliche und aktuelle Fragen der Zeit behandelt. Auf Bezirkskonferenzen besprachen die Vertreter der örtlichen Bildungsausschüsse miteinander die Erfahrungen ihrer vor allem für die jungen Arbeitslosen lebenswichtigen Bildungsarbeit. Zum Reichsbildungsausschuß in Berlin bestand eine enge Zusammenarbeit, die sich auch auf die Teilnahme an zentralen Kursen und an Bildungsreisen ins Ausland bezog.

Im Jahre 1929 entstand in Kiel die „Sozialistische Kulturgemeinschaft“, um die Zersplitterung der sozialistischen Kulturarbeit zu überwinden und wertvolle Gesamtveranstaltungen — Konzerte, Ausstellungen usw. — zu organisieren. An ihr waren neben Partei und Gewerkschaften u. a. das Jugendkartell, die Freie Volksbühne, die sozialistischen Lehrer, die Arbeiterturner, die Arbeiterabstinenten und die Arbeitersänger beteiligt. In Schleswig-Holstein gab es im Jahre 1931

86 Arbeitergesangsvereine mit 4000 aktiven Teilnehmern. Ihr künstlerisches Niveau hatte sich in der Weimarerrepublik sehr gehoben, wofür die Darbietung von Haydns „Jahreszeiten“ auf dem Gausängertag 1931 zeugte.

Sozialistische Lehrer und Elternvertreter erkannten früh die Notwendigkeit und die Möglichkeit von Erziehungsreformen in der Demokratie. Ihre Zusammenschlüsse beschäftigten sich mit den Aufgaben sozialistischer Schulpolitik und nahmen öffentlich dazu Stellung. An den Kultur- und Schulangelegenheiten der Gemeinden wirkten Sozialisten mit großer Intensität mit. Sie nahmen auch in jedem Jahr mit ihrer Liste „Schulfortschritt“ an den Elternratswahlen in Volks-, Mittel- und Oberschulen erfolgreich teil.

Zur sozialistischen Kulturpolitik gehörten auch bereits Programmfragen des Rundfunks, der in Kiel ein Studio besaß. Als er eine Jugendweiheveranstaltung nicht übernommen hatte, wurde protestiert.

Auf die enge, fruchtbare Verbindung der sozialistischen Bewegung zu ihr gesinnungsverwandten Persönlichkeiten der Landesuniversität in Kiel muß besonders verwiesen werden. Von alters her zeigte der Soziologe Prof. Ferdinand Toennies starkes Interesse für die Arbeiterbewegung. Er hatte sich schon 1896 im Hamburger Hafenarbeiterstreik für die Arbeiter eingesetzt. Der sozialistischen Arbeiterjugend, in welcher der Gemeinschaftsgedanke nach dem ersten Weltkrieg eine so große Rolle spielte, war Tönnies, der das Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ geschrieben hatte, ein warmer Freund. In der Mitarbeit im Reichsbanner Schwarzrotgold brachte er — ebenso der demokratisch gesinnte

Prof. Baumgarten — seine demokratische Haltung zum Ausdruck. Der 75jährige, für den der Sozialismus mehr als eine geschichtliche, für den er eine sittliche Notwendigkeit war, trat im Jahre 1930 demonstrativ der Sozialdemokratie bei, der er immer nahegestanden hatte. Reichsbanner und sozialistische Jugend ehrten ihn an diesem Geburtstag mit einem Fackelzug, wie ihn so noch kein Kieler Gelehrter erhalten hatte.

Prof. Gustav Radbruch, der Rechtsphilosoph, ein geborener Lübecker, war 1918 der Sozialdemokratie beigetreten. Sie entsandte ihn in den Reichstag. Er wurde bald Reichsjustizminister, der den Frauen im Rechtswesen die Gleichberechtigung gab und die Strafrechtsreform vorbereitete. Der jungen Generation des Sozialismus war er ein Lehrer ohne gleichen. In seiner „Sozialistischen Kulturlehre“ befinden sich viele Aufsätze, die aus seiner Mitarbeit in der Kieler sozialistischen Bewegung entstanden sind. Die Arbeiterschaft brachte ihm verehrende Liebe entgegen, weil er in schwersten Stunden an ihrer Seite stand. In seinen Erinnerungen erzählt Radbruch: „Die Gesamtzahl der Volksreden, die ich in jenen Jahren gehalten habe, ist ungeheuer, ja fast unglaublich groß“, und er meinte dazu: „Wahlreden vor Schleswig-Holsteinern sind anstrengend und schweißtreibend wie Holzhacken, da man auf den wie in Holz geschnittenen Gesichtern der Zuhörer aber auch gar nichts von der Wirkung seiner Rede abzulesen vermag“.

Als Radbruch im Jahre 1926 von Kiel nach Heidelberg berufen wurde, dankte ihm ein überwältigender Fackelzug von Reichsbanner und Arbeiterjugend. Dabei wurde über ihn gesagt: „Je größer er als

Führer würde, um so stärker wurde er zugleich unser Kamerad". Auch andere Männer der Universität — Dr. Hermann Heller, Dr. Paul Herberg und Dr. Gerhart Colm — bewiesen ihre Verbindung zur Arbeiterbewegung durch die Tat.

Die „Vereinigung sozialistischer Studenten“ folgte dem Beispiel brüderlicher Verbindung von Wissenschaftlern mit Arbeitern, von denen einer, der selbstgelehrte ehemalige Metallarbeiter und

spätere Reichsminister der Weimarrrepublik Rudolf Wissell für seine Arbeit über das deutsche Handwerk Ehrendoktor der Kieler Universität wurde. Als der Nationalsozialismus sich auch in der akademischen Welt auszubreiten begann, bildeten die sozialistischen Studenten — wie es in einem Zeitungsbericht hieß — „einen vorgeschobenen Posten der Arbeiterbewegung im feindlichen Gebiet mit der Chance, auf drängende Fragen die richtige Antwort zu geben“.